

## "Göteborg oder Gelobtes Land?" in L'Europe en formation (Sommer 2001)

**Legende:** In ihrer Ausgabe vom Sommer 2001 kritisiert die föderalistische Zeitschrift L'Europe en formation die schwachen Ergebnisse des Europäischen Rates von Göteborg am 15. und 16. Juni 2001.

**Quelle:** L'Europe en formation. Été 2001, n° 321. Nice. "Göteborg ou la terre promise?", p. 3-6.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/goteborg\\_oder\\_gelobtes\\_land\\_in\\_l\\_europe\\_en\\_formation\\_sommer\\_2001-de-5cbc4cab-ec89-45f4-bf65-d94159a8c395.html](http://www.cvce.eu/obj/goteborg_oder_gelobtes_land_in_l_europe_en_formation_sommer_2001-de-5cbc4cab-ec89-45f4-bf65-d94159a8c395.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Göteborg oder Gelobtes Land?

### Leitartikel

Diplomatische Kommunikés und Verlautbarungen haben einen unnachahmlichen Stil ... Die „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ des Europäischen Rates in Göteborg am 15. und 16. Juni, die als „Höhepunkt“ der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft angekündigt waren, waren denn auch keine Ausnahme von dieser Regel, selbst wenn die Aufmerksamkeit der Medien vor allem den gewalttätigen Antiglobalisierungsgruppen galt, deren plötzliches Auftauchen die Gelassenheit der im friedlichen schwedischen Göteborg versammelten Staats- und Regierungschefs störte.

- Alles im grünen Bereich ... Obwohl Irland den Vertrag von Nizza ablehnte, erklärten die Fünfzehn, dass der derzeitige Erweiterungsprozess „unumkehrbar“ sei. Für diejenigen Beitrittskandidaten, die „die Beitrittskriterien sowie den ihnen zugewiesenen Zeitplan beachten, werden die Beitrittsverhandlungen bis Ende 2002 abgeschlossen sein. Somit werden die neuen Mitglieder im Frühjahr 2004 an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen können.
- Alles im grünen Bereich, selbst wenn „sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr ungünstig entwickelt“ und „die Wachstumsprognosen in der Union ... sich verschlechtern“ haben. Wenn die Fünfzehn demnach „entschlossen“ eine den Umständen entsprechende Wirtschaftspolitik verfolgen, die „Haushaltssalden sich in Richtung eines nahezu ausgeglichenen Haushaltes oder eines Haushaltsüberschusses bewegen“, wenn der Inflationsdruck mit „angebotsseitigen Maßnahmen ... die darauf abzielen, Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen“ bekämpft wird und „erforderlichenfalls die Nachfrage durch eine entsprechende Nachfrage“ geregelt wird, sind die „monetären Bedingungen“ geschaffen, „die das Wirtschaftswachstum und eine kontinuierliche Schaffung von Arbeitsplätzen fördern“. Um ja alle Zweifel auszuschließen, lautet das III. Kapitel der Beschlüsse von Göteborg denn auch bezeichnenderweise „Vollbeschäftigung und Qualität der Arbeit in einer wettbewerbsfähigen Union“.
- Ebenfalls alles im grünen Bereich bei der „Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und der Sicherheit“, unter dem Vorbehalt, dass die Fünfzehn „ihre Fähigkeiten, die Strukturen und Verfahren [weiterentwickelt und präzisiert], um ihre Fähigkeit zu verbessern, ... die Aufgaben der Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung in vollem Umfang wahrzunehmen“. Übrigens gibt es (falls Zweifel aufkommen sollten), obwohl noch keine Übereinkunft über den Zugang der EU zu den Mitteln und Kapazitäten der NATO erzielt wurde, „Fortschritte ... bei der Entwicklung einer dauerhaften und nutzbringenden Beziehung zur NATO“. Der belgische Vorsitz wird deshalb ersucht, die Arbeit in Bezug auf alle Aspekte der ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) voranzubringen in Richtung „auf das Ziel, der EU rasch zur Handlungsfähigkeit zu verhelfen“, d.h. spätestens bis zur Tagung des Europäischen Rates in Laeken im kommenden Dezember. Im Übrigen sollen „wesentliche Fortschritte bei der Entwicklung einer effektiven Partnerschaft mit den Vereinten Nationen“ und bei den „sich gegenseitig verstärkenden Ansätzen“ erzielt worden sein.
- Offensichtlich ist nicht alles so ganz im grünen Bereich in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, aufgrund der Meinungsunterschiede im Zusammenhang mit dem Protokoll von Kyoto und seiner Ratifizierung. Trotzdem begrüßt der Europäische Rat in Göteborg die Zusage von George W. Bush, den eingeschlagenen Prozess nicht zu blockieren ... Und dann – wie tröstlich! – vereinbarten die Entscheidungsträger der EU und der USA immerhin, „eine hochrangige Gruppe persönlicher Beauftragter für Klimaänderungen einzusetzen“. Ach, welch schönes Feigenblatt!

In einem ganz anderen Bereich wird des Weiteren „der erfolgreiche Abschluss des jahrelangen Streits zwischen der EU und den USA über Bananen“ als eine „begrüßenswerte Entwicklung“ dargestellt, die „Anlass zu der Hoffnung gibt, dass bald ähnlich zufrieden stellende Lösungen für andere ungelöste Streitigkeiten einschließlich des Disputs im Stahlsektor gefunden werden“.

Sogar in den Beziehungen zu Russland seien „wichtige Schritte ... unternommen worden, um eine Partnerschaft mit Russland zu schmieden“, trotz des Krieges in Tschetschenien, trotz des Umgangs Putins

mit den Medien etc. Somit, worüber also klagen? Die restlichen „Schlussfolgerungen“ von Göteborg liegen auf gleicher Linie, selbst wenn sich niemand von diesen schönfärberischen Ergüssen täuschen lässt.

- Aber das eigentliche den Völkern Europas in Göteborg vorgespiegelte „Gelobte Land“ liegt woanders, nämlich in „einer nachhaltigen Entwicklung“, die impliziert, „die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik [von nun an] so zu gestalten, dass sie sich gegenseitig verstärken“ (kommt uns bekannt vor), um „Tendenzen umzukehren, die die künftige Lebensqualität bedrohen“. Wird diesen Tendenzen nicht Einhalt geboten, „werden die Kosten für die Gesellschaft drastisch ansteigen, oder diese Tendenzen werden unumkehrbar“.

Die Strategie der nachhaltigen Entwicklung beruht also auf dem Grundsatz, dass „die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen aller Politikbereiche in koordinierter Weise geprüft und bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden sollten“. Alle Betroffenen sollen umfassend konsultiert werden – ganz fest versprochen! Auf seiner jährlichen Frühjahrstagung werde der Europäische Rat die notwendigen „Leitlinien“ festlegen. Die Kommission wird ihrerseits „in ihrem Aktionsplan Mechanismen vorsehen, die gewährleisten, dass alle wichtigen Vorschläge für Maßnahmen eine Bewertung der Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit enthalten, in deren Rahmen die möglichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Konsequenzen geprüft werden.

Im Übrigen fügt sich die Strategie der EU in einen globalen Rahmen ein. So dürfte die Vorbereitung des „Weltgipfels“ in Johannesburg für nachhaltige Entwicklung im Jahre 2002 der ideale Augenblick sein, um sich weltweit Gehör zu verschaffen. Der Europäische Rat hat hier vier vorrangige Themenbereiche vorgeschlagen: Klimaänderungen (trotz der bisherigen enttäuschenden Ergebnisse in Kyoto), Verkehr, Gesundheit der Bevölkerung sowie natürliche Ressourcen. Künftig werden Umweltbelange „in alle einschlägigen Bereiche der Gemeinschaftspolitik einbezogen“, insbesondere bei der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Fischereipolitik, und nicht zu vergessen bei allem, was der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienlich sein könnte.

Man kann es natürlich nur gutheißen, dass die Europäische Gemeinschaft sich dieser Notwendigkeit bewusst wird, auch wenn das reichlich spät der Fall ist. Der Club von Rom hatte in der Vergangenheit aus einem vergleichbaren Ansatz heraus hier eine Tür aufgestoßen, ohne jedoch ein wirklich nachhaltiges Echo auszulösen. Der neue gesellschaftspolitische Ansatz der EU ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn er mit konkreten Maßnahmen, bezifferten Zielen und festen Zeitplänen einhergeht, die die öffentliche Hand auch in die Verpflichtung nehmen, wie es auch das Europäische Parlament bereits gefordert hatte. Schöne Worte und löbliche Absichtserklärungen, die nicht in die Tat umgesetzt werden, führen in der Öffentlichkeit zu Enttäuschungen, ja negativen Reaktionen. Entweder bleibt „die Politik der nachhaltigen Entwicklung“ ein bloßes Lippenbekenntnis, oder aber sie wird als neue Richtschnur durchgesetzt und wird sich dann in bestimmten Punkten an überkommenen Interessen reiben. Zu ihrer Umsetzung bedarf sie daher der aktiven Zustimmung der Bürger und der Unterstützung der Verbände und der Gebietskörperschaften. Göteborg oder Gelobtes Land?

L'Europe en formation